



# Freizügigkeits-Gegner hoffen auf die Krise

Die Personenfreizügigkeit mit der EU kommt einmal mehr vors Volk. Nun hoffen ihre Gegner, dass die Stimmbürger aus Angst vor der Finanzmarktkrise erstmals Nein sagen.

Von **Daniel Friedli**

Für Lukas Reimann war es der «schönste Tag seit meiner Wahl ins Parlament», und Bernhard Hess zeigte sich vom eigenen Erfolg fast am meisten überrascht. Nicht ohne Grund: Dass der junge St. Galler SVP-Nationalrat und der altgediente Schweizer Demokrat das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit zustande gebracht haben, ist alles andere als selbstverständlich. Denn sie kämpften nicht nur ohne nennenswerte Unterstützung, sondern – zumindest im Fall von Reimann und der Jungen SVP – auch mit Störversuchen aus der eigenen Mutterpartei.

Umso grösser war die Freude, als aus ihrer banger Hoffnung gestern nun Gewissheit wurde: Die Bundeskanzlei bescheinigte ihnen 51348 gültige Unterschriften. Das Referendum steht, die Stimmbürger werden am kommenden 8. Februar zum dritten Mal innert neun Jahren über den freien Personenverkehr abstimmen. «Für uns ist das ein enormer Erfolg», jubelte Erich Hess, der Chef der Jungen SVP.

Mit diesem Erfolg allein ist freilich erst wenig gewonnen, denn die echte Heraus-

forderung steht den Referendumsführern erst bevor: Im Alleingang und mit leeren Kassen werden sie gegen eine eingespielte Koalition aus SP, CVP, FDP und den Wirtschaftsverbänden in den Abstimmungskampf ziehen müssen.

Zwar dürfen sich Reimann und Hess berechtigte Hoffnungen machen, dass die SVP Schweiz oder wenigstens die Auns wieder zurück ins Nein-Lager wechseln (siehe Kasten). Doch selbst wenn sie dies tun – mit einem vollen Engagement ist von dieser Seite nicht zu rechnen. In der SVP ist der erstarkte (und vor allem auch finanziell potente) Wirtschaftsflügel nicht bereit, den freien Personenverkehr nur wegen Rumänien und Bulgarien zu opfern. Und die Auns will laut Geschäftsführer Hans Fehr ihre Mittel vorrangig für die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» einsetzen. Bei einer allfälligen Kampagne gegen die Personenfreizügigkeit empfiehlt Fehr darum finanzielle Zurückhaltung.

## Mit der Angst punkten

Eine solche werden sich notgedrungen auch die Initianten des Referendums auferlegen müssen. «Wir sind nach dieser Unterschriftensammlung ziemlich geschröpft», klagt Erich Hess. Mit einem Budget von nur einigen Zehntausend Franken bleiben Junge SVP und Schweizer Demokraten in der Rolle des David, sind aber umso entschlossener, dem finanziell übermächtigen Goliath einige markige Ar-

gumente vor die Füsse zu schleudern. Dabei kommt ihnen, so zynisch es klingen mag, die aktuelle Finanzkrise gerade recht. Die Schweizer Demokraten jedenfalls

werden ihren Abstimmungskampf ganz darauf ausrichten, wie Geschäftsführer Bernhard Hess ankündigt. «Die Finanzkrise und die Angst vor dem Verlust der Arbeitsplätze werden unser Thema sein», erklärt der Alt-Nationalrat und meint überzeugt: «Wenn die Rezession kommt, können wir die Abstimmung gewinnen.»

## Wirtschaft will den sicheren Weg

Die Junge SVP will zwar ihrerseits vor allem vor einer «unkontrollierten Einwanderung» warnen sowie das Abstimmungspaket aus Fortsetzung und Erweiterung der Freizügigkeit als Mogelpackung

brandmarken. Doch auch sie wird noch so gerne auf die Folgen eines allfälligen Wirtschaftsabschwungs hinweisen. «Schliesslich steigt in einer Rezession die Arbeitslosigkeit, und die Schweizer müssen dafür bezahlen», sagt Erich Hess.

Die Gegenseite freilich ist auf solche Argumente vorbereitet und gewappnet für den Konter. Gerade weil ein Abschwung drohe, seien die erfolgreichen bilateralen Verträge mitsamt der Personenfreizügigkeit so wichtig, sagt Urs Rellstab vom Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. «Man sollte in unsicheren Zeiten nicht noch bewusst den Weg der Unsicherheit beschreiten.»

## Die Auns vor neuer Kehrtwende

Bern. – Die 1986 von Christoph Blocher mitgegründete Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) dürfte in der Frage der Personenfreizügigkeit eine neuerliche Kehrtwende vollziehen. «Ich gehe davon aus, dass wir das Referendum unterstützen werden», sagt der Auns-Geschäftsführer und Zürcher SVP-Nationalrat Hans Fehr auf Anfrage.

Noch im Sommer hatte die Auns wie

die SVP auf Drängen Blochers auf ein Referendum verzichtet, weil das Parlament die alte Personenfreizügigkeit und die neue für Bulgarien und Rumänien in ein Paket gepackt hatte. Nun, da andere – allen voran die junge SVP – die nötigen Unterschriften gesammelt haben, müsse man die Lage neu beurteilen, sagt Fehr. Den Parolenentscheid für die Abstimmung vom Februar wird der

Auns-Vorstand demnächst fällen.

Auch SVP-Nationalrat und Auns-Vorstand Christoph Mörgeli nimmt an, die Auns werde jetzt die Personenfreizügigkeit ablehnen. Nachdem er selbst sich zuletzt noch gegen ein Referendum gestellt hatte, «sage ich nun Nein zu dieser Vorlage». Fehr wie Mörgeli vermuten, auch die SVP werde die Nein-Parole zur Personenfreizügigkeit beschliessen. (vv)



KOMMENTAR

## *Klarheit dank Referendum*

Von **Roland Schlumpf, Bern**

**D**ie jungen Kräfte in der SVP haben sich durchgesetzt. Zusammen mit den Schweizer Demokraten und der Lega haben sie gegen den Willen der wirtschaftsnahen Schwergewichte in der Partei um Christoph Blocher und Peter Spuhler das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit mit der EU zustande gebracht. Die SVP steht damit vor einer weiteren ZerreiSSprobe.

Aus demokratischer Sicht ist der Urnengang zu begrüßen. Er war den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in Aussicht gestellt wor-

den, um die Personenfreizügigkeit nach sieben Jahren Erfahrung ein zweites Mal beurteilen zu können. Auf diesem Hintergrund fiel es vielen leichter, sich auf den freien Personenverkehr einzulassen. Nur dank des Referendums wird die Schweiz nun im nächsten Februar tatsächlich noch einmal darüber befinden. Davon profitieren auch jene SVP-Mitglieder, die sich von Blocher vom Referendum abhalten liessen.

Es geht um sehr viel: Der freie Personenverkehr ist das Kernstück des Bilateralismus. Ohne ihn würden die bilateralen Vereinbarungen mit der EU hinfällig. Das zum erheblichen Nachteil der Schweizer Wirtschaft. Deshalb haben sich gerade die wirtschaftsorientierten Kräfte der SVP gegen ein Referendum gestemmt.

Ohne Anbindung an die EU über die bilateralen Verträge droht der

Schweiz die totale Isolation – und zwar weit über den wirtschaftlichen Bereich hinaus. Es geht nicht allein um den Zugang zum europäischen Markt, sondern auch um Bildung und Forschung, um die Sicherheit, den Verkehr, die Umwelt und um die Personenfreizügigkeit. Erteilen wir Letzterer eine Absage, würden wir nicht nur ausländische Arbeitskräfte fernhalten, sondern gleichzeitig auf sie verzichten – und wir würden den Schweizerinnen und Schweizern die Möglichkeit verbauen, sich formlos im EU-Raum niederzulassen, um dort zu arbeiten oder zu studieren.

In einer so wichtigen Angelegenheit dürfen Differenzen nicht unter den Teppich gekehrt, sondern müssen ausgetragen werden – und zwar an der Urne und nicht in einem Hinterzimmer der SVP.